Südstädter Eckenbrüller

Eine Flugschrift der Partei DIE LINKE. Südstadt-Bult

„Hol mir ma ne Flasche Bier ...“

Wir brauchen ein vernünftiges Geschäftsmodell, das die Herzen der Menschen berührt, um die Gildebrauerei zu erhalten. So das Credo der Podiumsdiskussion vom 5. April 2009 zur Zukunft der Gilde. Nein, so geht das nicht, Herr Oberbürgermeister! Mit Fischfutter und Bionade ist die Gildebrauerei nicht zu retten. Wir brauchen keine Lösung, die die Herzen der Menschen erreicht, sondern eine, die durch die Kehlen rinnt. „Hol mir ma ne Flasche Bier, sonst streik ich hier!“ Wer erinnert sich nicht an diese schlichte Kampfansage unseres Altkanzlers, die man auf jedes Handtuch hätte sticken können. Nur so kann man Großes bewegen. Ja, wir wissen, Schröder ist bekennender Herry-Trinker, aber in diesen schweren Zeiten müssen wir zusammenstehen! Wir brauchen so etwas wie eine „Abwrackprämie“, oder besser Gesundheitsprämie, für das Bier!
Wie aus der Lokalpresse zu erfahren war, braucht die Gilde „schnellstens 750.000 Liter zusätzliche Abfüllmenge“. Bei einer erwachsenen Bevölkerung von ca. 440.000 Einwohnerinnen und Einwohnern dürfte das doch wohl zu schaffen sein! Als Sofortmaßnahme sollte das Maschseefest verlängert und das Altstadtfest wieder aufgelegt werden!
Na dann, Prost!

Der Kampf der Gildebrauer geht weiter

Gesucht: Ein guter Unternehmer! So kann die Solidaritätsveranstaltung der Gilde-Brauer in der HBX-Brauerei überschrieben werden. Für Sozialromantik sei kein Platz, äußerten übereinstimmend Oberbürgermeister Stephan Weil, Gewerkschaftsvertreter und ehemalige Gilde-Führungskräfte.
Vertrauen ins System ist angesagt, mögliche Alternativen der Belegschaft und der Bürgerinitiative „Gildekiste“ wurden von vornherein in Abrede gestellt. Anerkennung fürs Engagement, mehr aber auch nicht! Aber wo soll dieser "gute Unternehmer" herkommen? Die Beantwortung dieser Frage blieb im Dunkeln. Ganz offensichtlich herrscht immer noch der Irrglaube, in Zeiten der Globalisierung würde es um etwas anderes gehen, als um Profitmaximierung. Rendite ist angesagt, ohne Rücksichtnahme auf berechtigte Arbeitnehmerinteressen. Von Nokia über die Conti bis hin zur Gilde, es sind nicht schwarze Zahlen, die

Unternehmensführungen interessieren. Gewinne haben alle gemacht, ausgereicht hat es den Herren leider nie. Deshalb werden auch weiter Unternehmen vom Markt verschwinden, wenn sie Renditeerwartungen nicht erfüllen.
Auf dem Podium herrschte seltene Einigkeit darüber, dass hier unverantwortlich mit den Beschäftigten umgegangen wird. Ganz besonders legte sich der stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Rainer Lensing, ins Zeug. Er sprach von unverantwortlichen Unternehmensentscheidungen und bekam viel Applaus für seine kämpferische Rede. Dass seine Partei in Berlin mit der Bundeskanzlerin die Richtlinien der Politik bestimmt, kam keinem der Diskutanten in den Sinn.
Mut macht, dass die Beschäftigten des InBev-Konzerns sich jetzt vernetzen. Bei ihnen ist die Botschaft angekommen, dass die Gilde nur der Anfang ist. Eindrucksvoll berichteten die Betriebsräte von Diebels Alt und Spaten/Löwenbräu über die Konzernstrategie. Mehr und mehr entstehe Kampfbereitschaft vor Ort, von Warnstreiks war die Rede. Auch wenn es in Hannover nur um die Gilde geht, muss eine Gesamtlösung im nationalen Rahmen gefunden werden. Es blieb dem Vorsitzenden des DGB-Bezirks Hannover, Sebastian Wertmüller vorbehalten, den Finger in die Wunden der großen Politik zu legen. Er stellte die Forderung nach einem Schutzschild für die Menschen auf. Angesichts der Milliardensummen, die der

Staat für marode Banken zur Verfügung stellt, eine nur zu berechtigte Forderung.
Die Bürger und Bürgerinnen Hannovers werden mit einem Umsteuern ihres „Trinkverhaltens“ die Gilde nicht retten. Aber für die Stadt bleibt eine Menge zu tun: Wo sie Einfluss hat, muss sie ihn geltend machen, also auch beim Ausschank von Bier darauf achten. Oberbürgermeister Weil wollte sich jedenfalls nicht dazu äußern, ob die Stadt gegebenenfalls bereit wäre, an einem Betreibermodell der Gilde mitzuwirken. Nun verbietet sich für die meisten Ratsparteien solch ein Engagement von selbst, setzt man doch in der Wirtschaft ansonsten auf das „freie Spiel der Kräfte“. Was ein finanzielles Engagement der Stadt angeht, wird die Mehrheit im Rat auf die knappen Kassen verweisen. Diese Bedenken bestehen ganz offensichtlich nicht, wenn zusätzlich 125 Millionen Euro Schulden für eine Kapitalerhöhung der Messe AG gemacht werden sollen.

Großes
Gilde Solidaritätsfest
am 18. April 2009
von 11 bis 17 Uhr
am Steintor
mit Musik, Polit-Talk und Kinderaktionen

Der ehemalige Gilde-Mann Peter Lehna, jetzt Woltersbräu Braunschweig, gab einige Hinweise, wie sich die Kommune solidarisch zeigen kann. Am Beispiel der Wolters-Brauerei machte er deutlich, wie es der Stadt gelungen ist, Druck auf den Mutterkonzern auszuüben. Das Verbot baulicher Umnutzung war hier ein entscheidender Punkt, der dazu geführt hat, die „Lästigkeitskosten“ für InBev zu erhöhen. Dass es aber im Wesentlichen um die Systemfrage ging, wurde ausgeklammert. So bleibt zu hoffen, dass die Kolleginnen und Kollegen der Gilde so viel Druck entfalten, dass es in der Konzernspitze doch noch zu einem Umdenken kommt. DIE LINKE. wird die Beschäftigten in ihrem Kampf nach Kräften unterstützen.

Michael Höntsch
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Hannover

Aufruf
1.Mai 2009, Hannover
bunt statt braun
Keinen Meter- Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch!

Am 1.Mai 2009 wollen in Hannover Neonazis der „Freien Kameradschaften“ mit der NPD aufmarschieren.
Sie wollen den Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung dazu nutzen, um ihr faschistisches Gedankengut zu verbreiten.
Sie reden von „Überfremdung“ und hetzen gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen.
Sie geben sich als Vorkämpfer für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus und

tarnen dabei nur ihren Hass auf Demokratie und Andersdenkende.
Sie werben mit dem Schlagwort eines „Nationalen Sozialismus“ und meinen dabei eine faschistische Diktatur.
Sie verherrlichen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen.
Tagtäglich werden Menschen in Deutschland Opfer rechter Gewalt. Für die Zunahme rechtsextremistischer Straftaten sind die „Freien Kameradschaften“ maßgeblich verantwortlich.
Über 1.000 ihrer Anhänger und Anhängerinnen haben sich dieses Jahr am 1.Mai für Hannover angekündigt.
Diese Provokation nehmen wir nicht tatenlos hin!
Wir stehen für eine weltoffene, demokratische und solidarische Gesellschaft.
Der extremen Rechten und ihren Ideologien erteilen wir eine klare Absage.
Wir zeigen Zivilcourage, wir bekämpfen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.
Wir rufen alle Menschen auf, gemeinsam mit uns friedlich gegen den Naziaufmarsch zu protestieren und zu demonstrieren.
Lasst uns den Naziaufmarsch verhindern!

Bündnis gegen den Naziaufmarsch
c/o DGB Niedersachsen-Mitte

Impressum:
DIE LINKE.
Basisorganisation Südstadt-Bult
c/o Detlev Voigt
Spielhagenstraße 8
30171 Hannover
Fon 0511-281230